



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für den Schutz unserer Kinder: Ja zur Zuckersteuer

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, der von Schleswig-Holstein für die Bundesrats-sitzung am 27. März angekündigten Initiative für die Einführung einer Zuckerabgabe auf zuckergesüßte Getränke zuzustimmen und sich aktiv für eine zügige Befassung in den zuständigen Ausschüssen des Bundesrates einzusetzen.

Begründung:

Zuckerhaltige Erfrischungsgetränke sind eine der wichtigsten Quellen für freien Zucker in der Ernährung und erhöhen erwiesenermaßen das Risiko für Adipositas, Typ-2-Diabetes und Zahnkaries. Internationale Institutionen wie die WHO empfehlen Abgaben auf zuckergesüßte Getränke ausdrücklich als wirksame, kosteneffiziente Maßnahme der Primärprävention¹.

Die Maßnahme stellt ein wirkungsvolles Instrument dar, um die steigenden Belastungen des Gesundheitswesens durch vermeidbare Krankheiten zu begrenzen. Eine Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft zeigt, dass der Zuckerkonsum wegen damit verbundener Krankheitsrisiken von Diabetes, Bluthochdruck, Karies oder Parodontose jährlich Gesundheitskosten von knapp zwölf Milliarden Euro in Deutschland verursacht². Eine Zuckerabgabe setzt primär bei den Herstellern an, die – wie Erfahrungen aus anderen Ländern, die seit Jahren eine Zuckerabgabe erheben, belegen – Reformulierungen vornehmen, um die Abgabe zu vermeiden oder zu reduzieren; sie wirkt damit strukturell und entlastet gleichzeitig diejenigen, die wenig Zeit, Ressourcen oder Wissen haben, um sich täglich durch widersprüchliche Ernährungsinformationen zu navigieren. Gerade weil Intensivmarketing für zuckerreiche Getränke gezielt Kinder, Jugendliche und einkommensschwächere Haushalte adressiert, ist eine solche strukturelle Verbesserung der Ernährungsumgebung von besonderer gesundheitlicher Bedeutung. Zahlreiche Analysen zeigen, dass gerade Haushalte mit niedrigerem Einkommen überproportional von sinkenden Krankheitsrisiken profitieren, weil sie stärker von den gesundheitlichen Folgekosten übermäßigen Konsums betroffen sind und sensibler auf Preisänderungen reagieren. In Kombination mit bestehenden Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen entsteht ein kohärentes, sich gegenseitig verstärkendes Politikpaket, das nachweislich erfolgreicher ist als reine Appelle an die Eigenverantwortung.

Die Befürchtung wirtschaftlicher Schäden oder ausbleibender Gesundheitseffekte sind durch die internationale Evidenz klar widerlegt. Untersuchungen aus dem Vereinigten

¹ <https://www.who.int/publications/i/item/9789240056299>

² https://foes.de/publikationen/2025/2025_04_FOES_Versteckte_Kosten_der_Ernaehrung.pdf

Königreich, Mexiko, Südafrika und Portugal belegen konsistent eine Reduktion der Zuckeraufnahme bzw. der Käufe zuckerhaltiger Getränke, deutliche Reformulierungsimpulse bei der Getränkeherstellung und keine systematischen negativen Beschäftigungseffekte. So kam es seit der Einführung der Soft Drinks Industry Levy (SDIL) im Jahr 2018 im Vereinigten Königreich laut Regierungsanalysen durch signifikante Reformulierungen der Getränkehersteller zu deutlichen Zuckerreduktionen in Getränken und dadurch zu einer geringeren Zuckeraufnahme der Bevölkerung³. Eine wissenschaftliche Studie der Universität Cambridge⁴ zeigt messbare Rückgänge der tatsächlichen freien Zuckeraufnahme (-5g/Tag bei Kindern, -11g/Tag bei Erwachsenen) nach Ankündigung und Einführung der SDIL auf. Darüber hinaus prognostizieren Modellierungen und Zeitreihenanalysen über 10 Jahre hinweg zehntausende weniger adipöse Kinder und Jugendliche sowie tausende verhinderte Kariesfälle, mit den größten Gesundheitsgewinnen in sozial benachteiligten Gruppen.

Angesichts der klaren Evidenz und der gesundheitspolitischen Dringlichkeit soll die Staatsregierung die Einführung einer Zuckerabgabe unterstützen.

³ <https://www.gov.uk/government/statistics/sugar-reduction-in-drinks-2015-to-2024>

⁴ <https://jech.bmj.com/content/jech/early/2024/06/11/jech-2023-221051.full.pdf>